

Für eine gerechte Lösung des multilateralen Schuldenproblems

Autor(en): **Erklärung von Bern / Greenpeace Schweiz**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Freidenker [1956-2007]**

Band (Jahr): **77 (1994)**

Heft 10

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-414044>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Für eine gerechte Lösung des multilateralen Schuldenproblems

Die Kredite des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der regionalen Entwicklungsbanken sind für viele Länder von der vermeintlichen Lösung zum wichtigsten Problem der Verschuldung geworden. 1982–1992 erhöhten sich die sogenannten multilateralen Schulden von 98 auf 304 Milliarden Dollar, die Schuldendienstzahlungen von 8 auf 36 Milliarden Dollar. Für zahlreiche hochverschuldete Länder sind die internationalen Finanzinstitutionen zu den wichtigsten Gläubigern geworden. 14 Länder zahlten dem IWF und der Weltbank 1992 sogar mehr Schuldendienst, als sie von ihnen an neuen Krediten erhielten. Für alle hochverschuldeten ärmeren Länder (mit einem jährlichen Volkseinkommen von bis 2695 Dollar/Kopf) betrug der Kapitalabfluss 1990–1992 unter dem Strich insgesamt 2,7 Milliarden Dollar. Ohne die Darlehen der IDA – welche eigentlich Entwicklungsprogramme und nicht den Schuldendienst finanzieren sollten – hätte er gar 7,5 Milliarden Dollar betragen.

Am Erdgipfel in Rio versprachen die nördlichen Regierungen, die Leistungen der Entwicklungszusammenarbeit zu erhöhen. Während sie dieses Versprechen nicht einhielten, sorgt der Schuldendienst für einen Kapitalabfluss aus den hochverschuldeten Ländern an die Gläubigerinstitutionen des Nordens. Diese Situation verhindert eine günstige Entwicklung, die wirtschaftlich, sozial oder ökologisch nachhaltig wäre. Stattdessen erzwingt sie in den betroffenen Ländern Strukturanpassungsprogramme, die immer wieder zu einer zusätzlichen Verarmung der benachteiligten Bevölkerungsgruppen und einer Übernutzung der natürlichen Umwelt führen.

Die internationalen Finanzinstitutionen verweigern bis heute ihre Beteiligung an sämtlichen Schuldenerlassen oder Umschuldungen. Zwar tragen sie nur einen Teil der Verantwortung für die Verschuldungskrise, doch seit den siebziger Jahren haben sie fahrlässig zahlreiche unproduktive Projekte finanziert und verfehlte Anpassungsrezepte durchgesetzt. Auf diese Weise tragen und trugen sie wesentlich zur Überschuldung vieler Länder bei. Aus ihrer Verantwortung dürfen sie sich nicht länger stellen. Als ersten Schritt machten die unterzeichnenden Organisationen zum 50. Jahrestag der Gründung von IWF und Weltbank (23. 7. 94) folgenden Lösungsvorschlag:

Behandlung der Altschulden

Die Schulden der hochverschuldeten ärmsten Länder (mit einem jährlichen Volkseinkommen von bis 675 Dollar/Kopf) gegenüber der IBRD (dem normalen Kreditschalter der Weltbank) und dem IWF sollen vollständig gestrichen werden. Die Schulden der hochverschuldeten ärmeren Länder (mit einem Volkseinkommen von 676–2695 Dollar/Kopf) gegenüber der IBRD und dem IWF sollen zur Hälfte gestrichen werden. Diese Massnahmen sollen bis Ende 1995 durchgeführt werden, wenn nötig in mehreren Schritten.

Das Hauptproblem

Mittlerweile wandern immer mehr Menschen in die Grossstädte ab. Da diese Megalopolen (z.B. Kairo) nicht mehr auf lokale Handelsprodukte angewiesen sind, um alles Lebensnotwendige einzutauschen, wuchern die Grossstädte der Welt ins Uferlose. (Bevor es moderne Transportmittel und einen internationalen Rohstoff- und Lebensmittelhandel gab, hing die Grösse einer Stadt insofern von der Grösse ihres Umlandes ab, als sie sich aus landwirtschaftlichen und anderen lebensnotwendigen Produkten daraus versorgen musste.) Dieses exponentielle Wachstum hat heute jedoch nicht mehr viel mit Entwicklungsfort-

schrift zu tun, sondern bewirkt direkt eine verheerende Slumbildung und das Dahinvegetieren von zig Millionen unter unmenschlichen Zuständen. Mit der Konzentration auf urbane Ballungszentren könnte es scheinen, als würde der Mensch seinen direkten Einfluss auf Flora- und Faunalandschaften und die Atmosphäre verringern, im Gegensatz zum Bedürfnis landloser Bauern nach Ackerland (Waldrodung usw.), aber: In allen Städten und in jegliches Umland ist der urbane Zivilisierte (und auch der Slumbewohner) ständig unterwegs: als Pendler, Urlauber, Geschäftsreisender, Vergnügungsreisender, als Stadt- oder Landflüchtling, als politischer oder Wirtschaftsflücht-

Die zu erlassenden Schulden belaufen sich bei diesem Lösungsvorschlag auf 7,3 Milliarden Dollar gegenüber dem IWF und 12,4 Milliarden Dollar gegenüber der IBRD (um 1992). Im Vergleich dazu verfügen diese Institutionen über Reserven von 35 Milliarden Dollar (IWF) bzw. 17 Milliarden Dollar (Weltbank). Der vorgeschlagene Schuldenerlass durch die vorhandenen Reserven der Weltbank, einen teilweisen Verkauf der Goldvorräte des IWF oder durch eine Neuverteilung von Sonderziehungsrechten an die betroffenen Schuldnerländer finanziert werden.

Dieser Lösungsvorschlag gilt im Prinzip für alle hochverschuldeten ärmeren Länder. Umgesetzt werden soll er durch ein neues Gremium, in welchem IWF, Weltbank, UNO-Agenturen sowie Regierungen und Nicht-Regierungs-Organisationen aus Süd und Nord vertreten sind. Im Fall von Regierungen, die systematisch und gravierend die Menschenrechte verletzen, soll auf die Schuldenstreichung verzichtet werden, wenn repräsentative Basisbewegungen oder Nicht-Regierungs-Organisationen dies wünschen. Unabhängig davon besteht die Möglichkeit, die erlassenen Schulden vollständig oder teilweise in lokale Gegenwertfonds für die Finanzierung von Entwicklungs- oder Umweltprogrammen umzuwandeln. Solche Fonds sollen nur eingerichtet werden, falls sie die einzige Möglichkeit bieten, die Bevölkerungsmehrheiten von Schuldenstreichungen profitieren zu lassen.

Gleichbehandlung der Gläubiger

Bis heute profitieren die internationalen Finanzinstitutionen von einem Status als bevorzugte Gläubiger. Dieser Status soll durch eine gleichmässige Behandlung mit den übrigen Gläubigern ersetzt werden. Multilaterale Institutionen sollen zwar gegenüber den privaten Gläubigern weiterhin bevorzugt behandelt werden. Sie sollen jedoch nicht länger überhaupt von Schuldenstreichungen ausgenommen werden.

Wenn sich IWF und Weltbank zukünftig an Schuldenerlassen beteiligen müssen, werden sie möglicherweise weniger Kredite an bestimmte Regionen vergeben oder ihre Konditionalität verschärfen. Die Weltbank (IBRD) nimmt zudem einen Teil ihrer Mittel auf dem internationalen Kapitalmarkt auf. Sie behauptet, dass die Kosten dieser Kapitalaufnahme – und damit die Zinsen der IBRD-Kredite – steigen würden, wenn ihr bevorzugter Status eingeschränkt wird. Allerdings ist das gezeichnete Kapital der IBRD viel grösser als alle ausstehenden Kredite zusammen. Solange die Mitgliederregierungen politisch und finanziell hinter ihr stehen, wird ihre Kreditwürdigkeit nicht leiden.

Der hier präsentierte Vorschlag hat neben den direkten auch indirekte Vorteile für die Schuldnerländer: Weltbank und IWF erhalten damit ein finanzielles Eigeninteresse am Erfolg der von ihnen finan-

ling, als Experte und Konferenzteilnehmer zum Thema Flüchtlinge, als Flüchtling vor den Flüchtlingen, als Drogenflüchtling, in die Scheinwelten, aus den Scheinwelten zurück in die Realität, mit Auto, Bus, Bahn, Flugzeug, Eselskarren – unter dem blinden Auge eines mitleidlosen Himmels über jeglicher Megalopolis und bis in die fernsten Erdenwinkel hinaus...

Ob da Weltkonferenzen eine Besinnung hin zu Vernunft und lebenswerter Umwelt bzw. Heimat bringen können? Fühlen wir uns in der Welt, die wir haben können, in der einzigen, unteilbaren Realität unserer solaren Raumstation Erde eigentlich noch zu Hause?
Andreas Hänni

zierten Projekte und Programme. Der Schuldenerlass wird auch den Druck auf die Weltbank vermindern, fragwürdige Projekte zu finanzieren, um einen allzu hohen Kapitalabfluss aus den Schuldnerländern zu vermeiden. Beides wird dazu beitragen, die Qualität der finanzierten Projekte und Programme zu verbessern.

Weitere Schritte sind nötig

Der hier präsentierte Vorschlag wird in einer Studie weiter erläutert, den WEED, die Erklärung von Bern und Eurodad im Juni 1994 veröffentlichten. Die unterzeichnenden Organisationen verstehen ihn nur als einen ersten, einfach zu realisierenden Schritt hin zu einer umfassenden Lösung des multilateralen Schuldenproblems. Eine zukünftige umfassende Lösung muss weitere Länder (z.B. Länder mit mittleren Einkommen sowie Länder, die offiziell nicht als hochverschuldet gelten) sowie die regionalen Entwicklungsbanken (insbesondere die Afrikanische Entwicklungsbank) miteinbeziehen. Darüber hinaus sollen Mechanismen geschaffen werden, um gezielt illegitime Kredite von IWF und Weltbank zu streichen. Zu diesem Zweck sollen die Kriterien der Legitimität von Krediten in einem internationalen Übereinkommen festgelegt werden. Selbstverständlich sind für eine nachhaltige Entwicklung in Nord und Süd neben Schuldenstreichungen zahlreiche weitere Veränderungen auf nationaler wie internationaler Ebene nötig.

Verschiedene Fragen – beispielsweise der Finanzierungsmodus für den Schuldenerlass und die Auswirkungen von weitergehenden Massnahmen auf die Zinskosten der Weltbank und die Konditionalität des IWF – müssen weiter abgeklärt werden. Ein erster Schritt darf jedoch nicht länger aufgeschoben werden. Die unterzeichnenden Organisationen rufen die Weltbank und den IWF auf, sich ihrer Mitverantwortung für die Verschuldungskrise zu stellen. Sie appellieren überdies an die Regierungen, die diese Institutionen kontrollieren, die notwendigen Massnahmen zu veranlassen.

Erklärung von Bern / Greenpeace Schweiz
Postfach 177, 8031 Zürich

Über das böse Geld:

Auch Geld ist gewalttätig !

Es muss auffallen, dass die Gewalt in unseren Medien immer nur als Waffen- oder Muskelgewalt dargestellt wird. Nie wird erwähnt, in welcher hohen Masse viele Menschen lebenslang durch die Gewalt des Geldes betroffen sind. Diese Art der Gewalt ist zwar subtiler und bewegt sich meist im Rahmen der Gesetze, kann die Menschen aber trotzdem schlimmer quälen als Faustschläge. In allen Bereichen wird unsere Lebensqualität eingeschränkt, ja geschädigt durch die z.T. unsichtbare, heimtückische, z.T. offene Gewalt jener Kapitalbesitzer, deren Kapitalanlagen wir zu unserem Leben brauchen und deshalb von ihnen abhängig sind. Viele unserer persönlichen und politischen Freiheiten werden so ausgehöhlt und bestehen nur noch auf dem Papier.

Die offene Gewalt der Feudalherrscher im Mittelalter ist heute abgelöst worden durch die hinterhältige Gewalt der Kapitalbesitzer von Industrie, Handel, Banken und Versicherungen bis zu den kleinen Despoten am Arbeitsplatz und in der Familie. So spüren wir auf Schritt und Tritt die gebieterischen Ellbogen der Geldbesitzer. Sie schränken mit ihrer Geldmacht aus dem Hintergrund meine Rechte als Staatsbürger und als Mensch «gewaltig» ein und machen diese zur Farce. Wenn meinem Arbeitgeber meine politische Einstellung nicht gefällt, muss ich mit Strafmassnahmen rechnen, mit denen er mich offen oder versteckt unter Druck setzen will. Er kann

Aeris alieni comes miseria. Auri sacra fames! Beati possidentes! Bis dat, qui cito dat. Do, ut des. Flocci non interduim. Heredis fletus sub persona risus est. Labor omnia vincit improbus.
Übersetzung auf Seite 79

meine fachlich guten Leistungen am Arbeitsplatz absichtlich übersehen und mir zu spüren geben, was er von mir erwartet. Dieselbe Abhängigkeit spüre ich auch als Wohnungsmieter. Der Hausbesitzer wird unfreundlich und kleinlich, um mir seine Macht zu demonstrieren. Der Abwart schikaniert meine Kinder und lauert auf Verstösse gegen die Hausordnung. Total frei fühle ich mich nur bei der geheimen Stimmabgabe an der Urne.

Nur wer genügend eigenes Geld hat, kann solchen Aktionen Widerstand entgegensetzen oder versuchen, diese Leute zu toleranterem Verhalten zu bewegen. Der Volksmund hat diese Situation trefflich formuliert mit dem bekannten Spruch: «Der schneidet mir ja kein Brot ab.» Dies zeigt deutlich, wie bewusst sich jeder Mensch ist, dass er jenen, die ihm mit ihrem Geld lebenswichtige Infrastrukturen, also Arbeit und Wohnung bieten können, wehrlos ausgeliefert ist.

Heute sind es aber gerade die Vertreter der kapitalkräftigen Kreise, die am lautesten scheinheilig erklären, der Staat müsse – was an sich richtig ist – das Gewaltmonopol haben und Gesetzlose dürften der Gesellschaft nicht ihre Gewalttätigkeit aufzwingen. Von ihrer eigenen Gewaltausübung durch das Geld ist dabei natürlich nie die Rede. Gerade diese Kreise können durch die Macht ihres Geldes über ein willfähiges Parlament die Gesetze so formulieren lassen, dass derjenige, der mehr Geld hat, immer im Vorteil ist und immer Recht bekommt. Wer genug Geld hat, um sich gute und teure Anwälte zu leisten, hat von vornherein mehr Aussicht, den Prozess zu gewinnen. Sehr viele Menschen müssen aus Angst vor dem finanziellen Ruin darauf verzichten, ihre Rechte zu verteidigen. Der Gewalt des fremden Geldes können sich nur jene entziehen, welche genügend eigenes Geld besitzen, sei es ein eigenes Haus oder eine unabhängige Existenzgrundlage. Wer Geld hat, hat Macht, und wer viel Geld hat, hat viel Macht.

Weil das meiste Geld in falschen Händen ist, ist auch die Macht in falschen Händen. Durch Zins und Zinseszins vermehrt sich dieses Geld, es wird immer mächtiger und gewalttätiger. Die zerstörerische Macht des «bösen Geldes» können wir mit der Macht des «guten Geldes» nur etwas bremsen. Geld aus guten Händen kann wieder Gutes tun. Aber Geld, das Gutes tut, ist in unserem Wirtschaftssystem stark benachteiligt. Nach einmaligem Gebrauch trägt es keine Zinsen mehr, es vermehrt sich nicht mehr wie das «böse Geld». Darum hat es in dieser Welt zu wenig gutes Geld in guten Händen, das sich bei Gebrauch in Liebe, Lebensfreude und Lebensqualität verwandelt.

Aber Hand aufs Herz! Machen wir uns nicht auch mitschuldig an der Macht des bösen Geldes, wenn wir unsere paar Batzen Ersparnes immer nur dort anlegen, wo es die höchsten Zinsen einbringt? Hetzen wir damit unser gutes Geld nicht selber in jene Anlegebereiche, wo die Ausbeutung von Natur und Mensch den höchsten Grad erreicht? Bei der Ausbeutung der Tiere durch grausame Batteriehaltung und bei der Ausbeutung der Unwissenheit und Armut von Millionen Menschen? *Paul Furrer*